

Freiburger Nachrichten

Einzige deutschsprachige Tageszeitung des Kantons Freiburg

Redaktion Telefon 037 22 34 06

Inserate und Abonnemente Telefon 037 22 39 48 / 49

UNO-Generalsekretär im Bundeshaus

(SDA) UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim weilte gestern in Bern und wurde von Bundespräsident Nello Celio und vom Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departements, Bundesrat Pierre Graber, empfangen. Das letzte Mal hatte Waldheim 1968 in seiner Eigenschaft als österreichischer Ausserminister in offizieller Mission in Bern gewohnt. Im Anschluss an eine Pressekonferenz offerierte der Bundesrat ein Essen im Lohn. Im Laufe des Nachmittags reiste der UNO-Generalsekretär nach Zürich weiter, wo er sich bis heute privat aufhält.

Vertrauenskrise

Im Rahmen einer Pressekonferenz nahm der Generalsekretär der Vereinten Nationen zu aktuellen Problemen der Weltorganisation Stellung. Er stellte dabei die Vertrauenskrise der UNO in den Mittelpunkt und bekräftigte, dass er alles daran setzen werde, um das Vertrauen in die Vereinten Nationen wieder herzustellen. Waldheim hob hervor, dass er die Führung der UNO zu einem sehr schwierigen Zeitpunkt übernommen habe. Die Hauptprobleme, denen sich die Vereinten Nationen gegenübersehen, seien vor allem politischer, aber auch finanzieller und administrativer Art.

Keine Weltregierung

Der UNO-Generalsekretär unterstrich, dass er alles tun werde, die UNO-Charta mehr auszuschöpfen zum Wohle des Weltfriedens, sei es durch direkte Kontakte des Generalsekretärs mit den in Konflikte verwickelte Staaten oder durch rechtzeitige Einberufung des Sicherheitsrates. Man dürfe aber bei all diesen Bemühungen nicht vergessen, dass die UNO keine Weltregierung sei und dass sie nur moralischen Einfluss auf die Regierungen rund um den Erdball nehmen könne. Die UNO sei ein Spiegel der Welt und deshalb nicht besser als die Welt, in der sie zu bestehen habe. Zur Finanzkrise meinte UNO-Generalsekretär Waldheim, sie stelle keine Existenzgefahr

dar. Personaleinsparungen aber vor allem auch durch die in Angriff genommene Lösung der kurzfristigen Finanzprobleme — frühere Bezahlung der Beiträge der einzelnen UNO-Mitglieder — wolle man der Krise Herr werden. Waldheim sprach sich schliesslich für einen Beitritt der Schweiz zu den Vereinten Nationen aus und versicherte, dass er auch den Beitritt der geteilten Staaten (Deutschland, Korea, Vietnam) begrüßen würde. Er sagte weiter, die neutralen Kleinstaaten seien in der UNO gesucht, denn ihr Abseitsstehen von der Grossmachtpolitik ermögliche eine fruchtbare Vermittlertätigkeit.

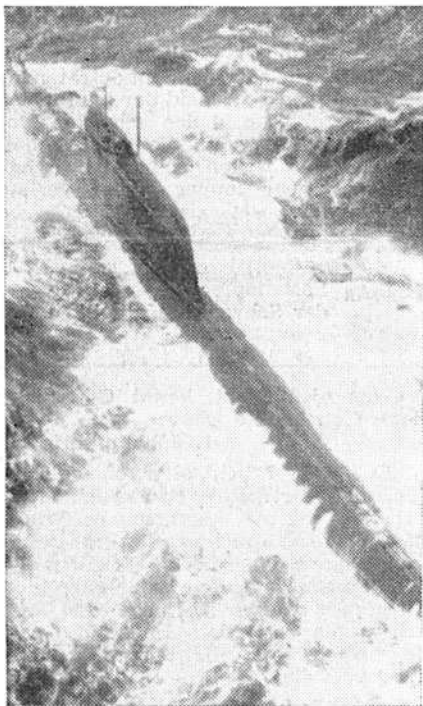
Seminar über Friedensforschung

In Bern hat sich ein zweitägiges Seminar, an dem rund 50 Persönlichkeiten teilnahmen, mit Problemen der Friedensforschung und deren Förderung in der Schweiz befasst. Die Teilnehmer kamen vor allem aus dem Bereich der Universitäten, der Bundesverwaltung sowie aus anderen interessierten Kreisen. In diesem Seminar stand auch die Schaffung eines schweizerischen Instituts für Friedensforschung im Zentrum der Diskussion. Die Schaffung eines solchen Instituts wurde einhellig als sachlich und zeitlich dringlich erachtet. Die Teilnehmer unterstrichen insbesondere die Notwendigkeit eines selbständigen Instituts, welches unabhängige Forschung betreiben kann. Ob für den Sitz des Institutes die deutsche oder französische Schweiz zu wählen sei, wurde als Frage von nachgeordneter Bedeutung erachtet. Es wurde aber festgestellt, dass die Schaffung eines gesamtschweizerischen Instituts in keinem Fall Forschungsinitiativen hemmen soll, die bereits in verschiedenen Regionen zu erkennen sind. Das zu schaffende Institut hat demzufolge die Aufgabe, die Friedensforschung in der Schweiz weiterhin anzuregen, auszubauen und zu koordinieren. Die Ergebnisse des Seminars sollen der zuständigen eidgenössischen Kommission übermittelt werden, welche mit der Bearbeitung der Studie von Botschafter Ganz sowie des Berichtes des Wissenschaftsrates beauftragt wird.

Rüffel für Hubacher

(SDA) Mit Befremden haben die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) und ihre Fraktion in der Bundesversammlung davon Kenntnis genommen, dass Fraktionskollege und AZ-Chefredaktor Helmut Hubacher, Basel, das Präsidium eines überparteilichen Komitees für die Denner-Initiative übernommen hat. Die Haltung Nationalrat Hubachers sei, so betont die SPS in einem Communiqué, um so mehr zu verurteilen, als er sich weder im Parlament noch in der Partei darüber ausgesprochen habe.

Die SPS und die Fraktion halten nach wie vor die Denner-Initiative für ein fragwürdiges Mittel der Wohnbauförderung mit preisstärkender Wirkung und problematischer Eigentumsförderung. Der Gegenvorschlag der Bundesversammlung stelle einen weit besseren Ansatzpunkt für die Lösung des Wohnungsproblems dar und setze einen eindeutigen Vorrang des sozialen Wohnungsbaus.



Sowjetisches Atom-U-Boot in Schwierigkeiten

Ein sowjetisches Atom-U-Boot hat am Dienstag im Nordatlantik Schiffbruch erlitten und hat während Stunden etwa 960 Kilometer von Neufundland entfernt getrieben. Es handelt sich um ein 3700-Tonnen-Boot vom Typ «Hotel» das mit Raketenwerfern ausgerüstet ist und in der Regel eine Besatzung von 90 Mann hat. Wie ein Sprecher der amerikanischen Marine mitteilte, wurde das Boot noch in der Nacht von einem sowjetischen Schiff ins Schlepptau genommen. Funkbild: Ueberblick über das manövrierfähige Atom-U-Boot vor Neufundland. (Photopress)

In dieser Nummer

- 2 Chinas grosse Persönlichkeiten Verkehrsunfall — mit oder ohne Polizei?
- 3 Ständerat für Vorwegmassnahmen der Raumplanung Denner hoch zu Ross
- 5 Der soziale Weg Wochenbeilage der christlichen Sozialbewegung Deutschfreiburgs
- 7 Rückrunden-Start der Fussballer Sport-Toto-Vorschau
- 9 Drogenklinik Ueberstorf: Unbefugte bernische Invasion Volkskunst der Greyerzer Sennen
- 11 Auto und Verkehr Beilage
- 13 FN-Kalenderseite
- 16 Bierhaus: Unvorsichtiges Ueberholen

Kairo-Prozess, Palästinenser-Propagandamanöver

Telexbericht unseres Nahost-Korrespondenten H. J. Andel

Im Kairoer Justizgebäude, wo seit der zweiten Februarhälfte vor einem Staatssicherheitsgerichtshof gegen vier der fünf mutmasslichen Mörder des früheren jordanischen Premierministers Wasfi Et-Tell verhandelt wird, kam es nach der Freilassung der Attentäter zu stürmischen Begeisterungsausbrüchen. Obwohl der Prozess noch nicht beendet ist, verfügte das Gericht in einem Haftprüfungstermin die Haftverordnung der Angeklagten gegen eine Kautions von je Tausend ägyptischen Pfund.

In Ägypten und in der arabischen Öffentlichkeit ist die mit dem ägyptischen Strafprozessrecht in Einklang stehende Gerichtsentscheidung allgemein begrüsst worden. Kairoer politische Kreise argumentierten gestern allerdings einschränkend, in Ägypten sei man traditionell gegen politische Morde. Die Freilassung der vier Attentäter ermutige möglicherweise zu ähnlichen Taten. Einen Vorgeschmack darauf lieferte erst kürzlich der misslungene Anschlag auf den im Kairoer Exil lebenden irakischen Oppositionspolitiker Abdel Rassak. Im Fall der Tell-Attentäter sei der Druck der arabischen öffentlichen Meinung jedoch so gross gewesen, dass sich das Gericht ihm nicht länger habe entziehen können.

Beschwichtigungsgeste für Palästinenser

Die Freilassung, die offenkundig im Einvernehmen mit Präsident Es-Sadat und Generalstaatsanwalt Mansur erfolgte, ist eine Geste an die Adresse der Palästinaguerilleros. Nach dem israelischen Angriff auf den Südlibanon und der Besetzung des sogenannten «Fatah-Landes» durch die libanesischen Streitkräfte gerieten diese in eine neue schwere Ueberlebenskrise. Ägypten möchte offensichtlich dokumentieren, dass es ihre berechtigten Forderungen weiterhin unterstützt. Der Gerichtsbeschluss entsprach allerdings auch den Sympathien in der ägyptischen Bevölkerung für die Attentäter. In der ersten Prozessphase hatten die prominenten Verteidiger aus mehreren arabischen Staaten Gelegenheit, ein düsteres Kollagegemälde der Massaker der transjordanischen Beduinenlegion gegen die Palästinenser in den Jahren 1970 und 1971 zu entwerfen. Für die Araber

zigtausend Menschen ihr Leben lassen müssen.

Prozess als Propagandakampagne

Auf diesem Hintergrund rückte die hinter dem «Tyrannen-Mord», so die Verteidiger, stehende Verzweiflung der Jugend Palästinas und der kompromisslose Terror ihrer Gruppe «Schwarzer September» in ein verständlicheres Licht. Der Prozess wurde zu einer Propagandakampagne für diese Organisation. Der Hauptangeklagte, der die Schüsse auf Wasfi Et-Tell abgegeben haben dürfte, hatte zu Prozessbeginn erklärt, er sei stolz darauf, das Blut des Opfers getrunken zu haben. Es sei stinkendes Blut gewesen. Dennoch argumentierte er, dass die Freilassung der Attentäter die libanesischen Kommandos habe die is-

Fortsetzung Seite 16



Unser Bild zeigt die Demonstration die ohne Zwischenfälle verlief. (PH)

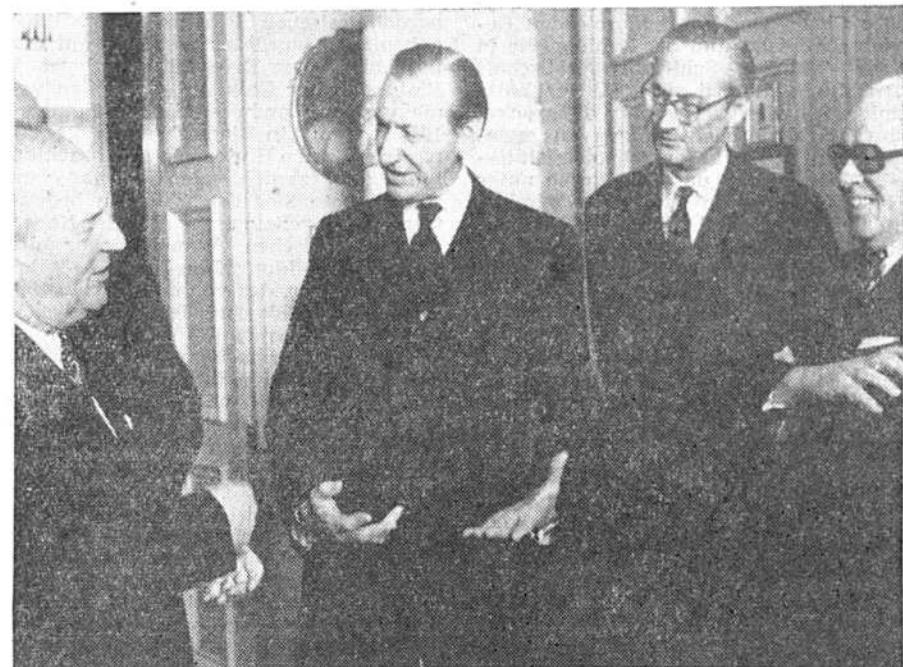


Bild: V.l.n.r.: Bundespräsident Nello Celio, UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim, UNO-Direktor Winspeare Giuccardi und Bundesrat Pierre Graber. (PH)

Neuer israelischer Angriff

Die Grenzkonflikte zwischen Israel, Syrien und Libanon gehen weiter. Israel, hat erneut die Stützpunkte palästinensischer Kommandos auf syrischem und vermutlich libanesischem Gebiet bombardiert. Von Libanon aus wurden zwei Katuscha-Raketen auf die im Norden Israels liegende Ortschaft Kiriath Schmona abgefeuert.

(Reuter-AFP) Ein israelischer Militärsprecher erklärte, palästinensische Kommandos hätten von syrischen Stützpunkten aus israelische Stellungen auf den besetzten Golan-Höhen angegriffen. Der israelische Gegenangriff habe sich auf Ziele gerichtet, die bis zu 13 Kilometer tief auf syrischem Gebiet lagen, vor allem in der Nähe von Saraa. Das Informationsbüro der El Fatah in Beirut hat die israelischen Luftangriffe auf syrisches Gebiet bestätigt. Die Fliegerabwehr der palästinensischen Kommandos habe die is-

raelischen Maschinen jedoch zur Umkehr gezwungen. Drei Fedayin sollen im Laufe der Angriffe am Mittwoch getötet und sechs verwundet worden sein.

Luft einsätze auch über Südlibanon?

Nach Angaben der palästinensischen Zeitung «Fatah» hat die israelische Luftwaffe am Mittwochmorgen auch Gebiete in Südlibanon bombardiert, namentlich in den Sektoren Kafra und Kabrikha. Diese beiden Sektoren liegen sieben Kilometer von der Waffenstillstandslinie entfernt. Von israelischer militärischer Seite wurde erklärt, diese Berichte seien völlig aus der Luft gegriffen.

Wird das Abkommen von Kairo eingehalten?

Der libanesischer Aussenminister, Abou Hamad, hat erklärt, die libanesische Armee werde von nun an die Kontrolle über die Grenzgebiete gegen Israel hin übernehmen. Nach den Bestimmungen des libanesisch-palästinensischen Abkommens von Kairo, das 1969 geschlossen wurde, hatten palästinensische Kommandos bisher das Recht, im Grenzgebiet von Arkub, wo in den letzten Tagen die stärksten israelischen Vergeltungsangriffe stattfanden, zu operieren. Die El Fatah hat in einem Communiqué hervorgehoben, dass sie sich an dieses Abkommen von Kairo halten werde. Sie verurteilt die Stimmen, die sich in Libanon erheben und die Annulierung des Abkommens fordern, da es durch die Ereignisse überholt sei. Die El Fatah heisst ausserdem die libanesische Armee im Grenzgebiet willkommen, um mit ihr «den gemeinsamen Feind zu bekämpfen».

Die syrische Luftwaffe hat gestern nachmittag laut einer Meldung von Radio Damaskus Kibbuzim auf den israelisch besetzten Golan-Höhen bombardiert.

Drohende Entlassungen beim BIT

(SDA) «In eigener Sache» haben gestern früh in Genf rund 450 Angestellte des Internationalen Arbeitsamtes (BIT) gegen die eventuelle Entlassung von 140 Angestellten bei der Internationalen Arbeitsorganisation (OIT) manifestiert. Die ursprünglichen Entlassungen haben ihren Ursprung in der prekären finanziellen Lage, in der sich die OIT gegenwärtig befindet. Bekanntlich haben sich die Vereinigten Staaten von Amerika, die ein Viertel des OIT-Jahresbudgets zu tragen hätten, ihren Beitrag für das zweite Semester 1970 sowie die Jahresbeiträge 1971 und 1972 noch immer nicht beglichen. Die Schuldsumme beläuft sich mittlerweile auf rund 20 Millionen Dollar. Nach den Angaben eines Organisators der Kundgebung ist das BIT-Personal seit Beginn der Finanzkrise um 170 Personen verringert worden.